



## **PRESSEMITTEILUNG**

# **Yanis Varoufakis erhält politisches Betätigungsverbot: Ein schwarzes Wochenende für Demokratie, Menschenrechte und Meinungsfreiheit in Deutschland**

*Berlin, 15. April 2024*

Am vergangenen Wochenende, vom 12. bis 14. April, erlebte Deutschland eine deutliche Zunahme autoritärer Maßnahmen gegen palästinensische Aktivist:innen in Berlin. In der Folge wurde Yanis Varoufakis die Einreise nach Deutschland verboten sowie jegliche politische Aktivität im Land, auch über digitale Plattformen, untersagt. Grund war [seine Rede auf dem Palästina Kongress](#), die so zensiert wurde.

"MERA25 Deutschland tritt bei den anstehenden Europawahlen am 9. Juni 2024 an. Somit verstehen wir den Bann für Yanis Varoufakis, den Vorsitzenden unserer Schwesterpartei MERA25 Griechenland, auch als Einschüchterungsversuch für den kommenden Wahlkampf und als klare Einschränkung unserer demokratischen Rechte. Wir verurteilen das ungerechtfertigte Betätigungsverbot für Yanis Varoufakis deshalb aufs Schärfste. Diese Entscheidung des deutschen Innenministeriums ist eine weitere autoritäre Zensur friedlicher Aktivist:innen, die den anhaltenden Völkermord in Gaza und die Beteiligung der deutschen Regierung kritisieren.", erklärte Johannes Fehr, MERA25 Europawahlkandidat.

Der Einsatz von über 900 Polizeibeamten zur Kontrolle des Palästina Kongresses in Berlin, die ursprünglich für 650 Teilnehmer:innen geplant war, wobei letztlich nur 250, hauptsächlich jüdische und palästinensische Aktivist:innen, von der Polizei in den Veranstaltungsort gelassen wurden, markiert einen beunruhigenden Trend. Die Polizei stürmte den Kongress, unterbrach die Stromversorgung und untersagte die Weiterführung, was weit verbreiteten Unmut und Panik unter den Teilnehmer:innen auslöste.

"Wir sind angewidert von der eklatanten Missachtung der Grundrechte, auf die dieses Land stolz zu sein behauptet. Die spekulative Rechtfertigung, dass 'etwas Antisemitisches gesagt werden könnte', als Grund für präventive Zensur, ist eine Taktik autoritärer Regime, keiner liberalen Demokratien, und eine klare Verletzung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Es ist eine eklatante Missachtung der Prinzipien der Demokratie, der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit, die Deutschland zu vertreten vorgibt. Dieses schwarze Wochenende sollte die deutsche Gesellschaft alarmieren. Wir verurteilen die autoritäre Entwicklung des deutschen Staates und die ungerechtfertigte Unterdrückung der politischen Opposition", sagte Karin De Rigo, MERA25 Spitzenkandidatin für die Europawahl.



Für weitere Informationen und Interviewanfragen kontaktieren Sie bitte:

Kinza Saleem

**DiEM25 und MERA25 Presse- und Medienarbeit**

Mobile +49 151 449 223 65 | E-mail [presse@mera25.de](mailto:presse@mera25.de)





Hinweis für Redakteur:innen



**Karin De Rigo**

Karin De Rigo ist Einkäuferin. Geboren und aufgewachsen in Italien, studierte sie Sprachen und Wirtschaft in Mailand und hat in der Schweiz gelebt und bevor sie nach Deutschland zog. Sie koordiniert die Gruppe von MERA25 in Berlin und wurde im November 2023 zur Spitzenkandidatin von MERA25 in Deutschland für die Europawahl 2024 gewählt. Als Kandidatin setzt sie sich für Nachhaltigkeit und globale Gerechtigkeit ein, insbesondere an der Realisierung eines gerechten Friedens in Nahost.



**Johannes Fehr**



Johannes Fehr ist ein in Berlin lebender Wirtschaftsingenieur und arbeitet als Organisationsdirektor bei DiEM25. Er ist Mitglied des Koordinationskollektivs von DiEM25 und Vorstandsmitglied der politischen Partei von DiEM25 in Deutschland: MERA25. Seine Interessengebiete sind: Energiewende hin zu einer gerechten und ökologischen Zukunft und der Aufbau von Organisationen, die den notwendigen Wandel herbeiführen können.

### **MERA25**

Deutschland [mera25.de](https://www.mera25.de) MERA25 ist eine politische Partei, die aus der transnationalen Europäischen Bewegung DiEM25 hervorgegangen ist. Die Partei hat sich für die Europawahl 2024 ein bedingungsloses Lebenseinkommen für alle Einwohner:innen, friedliche internationale Beziehungen und die grüne Transformation für Europa zum Ziel gesetzt.